Donnerstag, den 27. Januar 1927

Lodzer Volkszeitung

Opłata pocztowa uiszczona ryczałtem

Einzelnummer 20 Groschen

Nr. 26. Die „Lodzer Volkszeitung" erscheint morgens. An den Sonntagen wird die reichhaltige illustrierte Beilage „Volk und Zeit" beigegeben. Abonnementspreis: monatlich mit Zustellung ins Haus und durch die Post Zl. 4.20, wöchentlich Zl. 1.05; Ausland: monatlich Zloty 5.—, jährlich Zl. 60.—. Einzelnummer 20 Groschen, Sonntags 25 Groschen.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Lodz, Petrikauer 109 Hof, links. Tel. 36-90. Postscheckkonto 63.508 Geschäftsstunden von 9 Uhr früh bis 7 Uhr abends. Sprechstunden des Schriftleiters täglich von 2 bis 3. Privattelephon des Schriftleiters 28-45.

Anzeigenpreise: Die siebengespaltene Millimeterzeile 10 Groschen, im Text die dreigespaltene Millimeterzeile 40 Groschen. Stellengesuche 50 Prozent, Stellenangebote 25 Prozent Rabatt. Vereinsnotizen und Ankündigungen im Text für die Druckzeile 50 Groschen; falls diesbezügliche Anzeige aufgegeben — gratis. Für das Ausland — 100 Prozent Zuschlag.

5. Jahrg.

Vertreter in den Nachbarstädten zur Entgegennahme von Abonnements und Anzeigen: Alexandrow: W. Rösner, Parzczewska 16; Bialystok: B. Schwalbe, Stoleczna 43; Konstantynow: F. W. Modrow, Plac Wolnosci Nr. 38; Ozorkow: Amalie Richter, Neustadt 505; Pabianice: Julius Walta, Sienkiewicza 8; Tomaschow: Richard Wagner, Bahnstraße 68; Zdunska-Wola: Anton Winkler, Poprzecznastr. Nr. 9; Zgierz: Eduard Stranz, Rynek Kilinskiego 13; Zyrardow: Otto Schmidt, Hiellego 20.

Die Budgetdebatte im Sejm

Eine bedeutsame Rede des Abg. Niedzialkowski von der P. P. S.

Den Vorsitz der gestrigen 312. Sejmsitzung hatte der Vizemarschall Daszynski (P. P. S.) inne. Es wurden bei Beginn der Sitzung einige Regierungsdekrets verlesen und sodann der Kommission überwiesen. Nach der Ueberweisung des Auslieferungsantrages an die Kommission, wurde zur Abstimmung über den am Dienstag eingebrachten Mißtrauensantrag für Sejmmarschall Rataj geschritten. Für den Antrag stimmten der Weißrussische Klub, „Hromada", Ukrainische Klub, die Kommunisten, die Unabhängige Bauernpartei sowie der Deutsche Klub. Der Antrag wurde jedoch abgelehnt.

Hierauf schritt der Sejm zu den weiteren Beratungen über das Budget für 1926/27. Als erster ergriff Abg. Niedzialkowski (P. P. S.) das Wort und erklärte u. a. folgendes: „Wollte man ein charakteristisches Urteil über das Budget in einem Satz zusammenfassen, so müßte man erklären, daß das Budgetgleichgewicht auf Kosten der arbeitenden Klasse erreicht wurde. Daß die ganzen Lasten auf den Schultern dieser Kreise ruhen, ist etwa kein Zufall, sondern das Ergebnis der Wirtschaftspolitik der Regierung, das Ergebnis der Politik der Agrarier. Man versucht die Landwirtschaft durch Erhöhung der Preise für Landprodukte zu bereichern in der Annahme, daß dadurch der Reichtum des Landes erhöht und die Krise überwunden werden wird. Am meisten ist daran der Großgrundbesitz interessiert. Die Regierung füge sich vielleicht ganz unbewußt den Anordnungen, die im Manifest der Finanziers enthalten sind, und wodurch Europa in Industrie- und Agrarländer eingeteilt wird, wobei die letzteren die Vasallen der erstgenannten Länder werden. Diese Politik müßte dazu führen, daß Polen seine wirtschaftliche Freiheit verlieren wird, was schließlich auch in politischer Beziehung nicht ohne Folgen bleiben würde.

Einer derartigen Politik könne sich die Arbeiterklasse nicht unterordnen und muß als Antwort den Kampf um die Erhöhung der Lebensstufe ansagen. Diese Politik mußte auch zur Trennung zwischen Regierung und der Arbeiterklasse führen. Betreffs der allgemeinen Politik hägt die P. P. S. die Befürchtung, daß die Grundlage der Demokratie, die Freiheit des Wortes und Gewissen in Frage gestellt ist. In bezug der Minderheitenpolitik sehen wir absolut keine Aktion der Regierung. Das verflossene Jahr hat unter dem Einfluß des Nationalismus gestanden. In dieser Angelegenheit hat die P. P. S. schon seit langem ein Programm, das die territoriale Autonomie für die nebeneinander wohnenden Minderheiten vorsieht, vorgeschlagen. Für alle zerstreut wohnenden Minderheiten verlangt die P. P. S. die Gewährung der vollen Rechte in sprachlicher und kultureller Beziehung sowie die freie Pflege des Volkstums.

In bezug der Außenpolitik ist unser Standpunkt betreffs der Westgrenze unseres Landes bekannt. Wir lehnen jegliche Absichten auf Aenderung der Westgrenzen ab, doch sehen wir keine Notwendigkeit ganz Deutschland als einen einzigen nationalistischen Block zu behandeln. Die Zukunft unserer Außenpolitik liegt in der Festigung unser Stellung im Völkerbundrat.

In Sachen der Verhaftung der Abgeordneten verlangen wir von der Regierung Vorlegung von Beweisen. Das System von Repressionen hat noch nie zu einem günstigen Ergebnis geführt."

Als zweiter ergriff Abg. Lupacewicz (Wyzwolenie) das Wort, der das Budget nicht zu hoch fand. Es sprachen sodann noch die Abgg. Witos (Piast), Hartglas (Jüdischer Klub), Stronski (Ch. N.), Fiderkiewicz (U. B.) und Abg. Piesch (Deutsche Vereinigung). Abg. Piesch kritisierte in scharfen Worten die Politik der Regierung gegenüber der deutschen Minderheit.

Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Die Frage der Auslieferung der Abgeordneten.

Noch keine Entscheidung. — Die nächste Sitzung der Kommission erst Freitag.

Die angekündigte Sitzung der Sejmkommission für Unantastbarkeit der Abgeordneten fand gestern vormittag statt. Als Vertreter der Regierung waren erschienen: der Innenminister Skladkowski, Justizminister Meysztowicz, Vizeminister Car und einige höhere Beamte. Zu Beginn der Sitzung schlug der Vorsitzende der Kommission, Abg. Popiel (N. P. R.), vor, zuerst die Wahl eines Referenten für das Plenum vorzunehmen und sodann die Ausführungen der Regierung anzuhören. Minister Meysztowicz bat sodann um Anordnung einer Geheimsitzung.

Abg. Lieberman (P. P. S.) äußerte die Ansicht, daß man erst die Ausführungen der Regierung anhören müßte, um festzustellen, ob ein Grund zur Verhaftung der Abgeordneten vorlag oder nicht.

Es wurde sodann zum Referenten der Abg. Dobrzanski (Nat. Volksv.) gewählt. Bei Beginn der Ausführungen der Regierungsmitglieder ordnete der Vorsitzende die Geheimsitzung an und alle nicht zur Kommission gehörenden Anwesenden mußten den Saal verlassen. Die sehr zahlreich erschienenen Abgeordneten des weißrussischen und jüdischen Klubs sowie einige Kommunisten und N. P. R. -Abgeordnete verließen mit sichtlichem Unwillen die Sitzung.

Der Justizminister Meysztowicz ergriff sodann das Wort und gab die Gründe an, die die Regierung zur Verhaftung der Abgeordneten veranlaßten. Die Regierung stehe auf dem Standpunkt, daß es sich hier um ein „langandauerndes Verbrechen" handelt, wodurch von einer Verletzung des Art. 21 der Verfassung nicht die Rede sein kann.

An der Diskussion beteiligten sich die Abgeordneten Schreiber (Jüd. Klub), Jeremicz (Weißr. Klub), Stronski (Ch. N.), Sanojca (Wyzwolenie) und Marwek (Nat. Volksv.). Die Redner wandten sich an die Regierungsvertreter mit einer Reihe von Anfragen, die der Unterstaatsanwalt des Wilnaer Bezirksgericht, Przylucki, in seiner zweistündigen Rede beantwortete. Der jüdische Abgeordnete Schreiber brachte sodann einen Antrag ein, eine aus drei Abgeordneten bestehende Unterkommission zu wählen, deren Aufgabe es wäre gemeinsam mit dem Referenten das vorliegende Material zu untersuchen und entsprechende Anträge für die Kommissionssitzung vorzubereiten. Ueber den Antrag entspann sich eine lebhafte Diskussion. Für den Antrag traten ein die Abgeordneten Zaremba (P. P. S.), Jeremicz (Weißrusse) und Sanojca (Wyzwolenie). Dagegen sprachen sich aus die Abgeordneten Marwek (Nat. Volksv.), Stronski (Ch. N.), Erdmann (Piast) sowie der Referent. Der Antrag auf Wahl einer Unterkommission wurde sodann mit 9 gegen 5 Stimmen abgelehnt.

Auf eine Anfrage, ob die „Hromada" legalisiert gewesen sei, erwiderte der Innenministert, daß auf Grund einer verpflichtenden Verordnung politische Organisationen keiner Legalisierung bedürfen. Als jedoch die staatsfeindliche Tätigkeit der „Hromada" festgestellt wurde, sind die Behörden zur Liquidierung der „Hromada" geschritten.

Hiermit wurde die Diskussion geschlossen. Die nächste Sitzung wurde vom Vorsitzenden für Freitag festgesetzt. Sollte der Referent bis zu dieser Zeit das Material noch nicht gesichtet haben, so wird die Sitzung erst Sonnabend stattfinden.

Der verhängnisvolle Hindenburg.

Der „Manchester Guardian", das führende liberale Blatt Englands, war die erste Zeitung, die die Nachricht brachte, daß Herr v. Hindenburg in einer „an das Unkonstitutionelle grenzenden Weise" seinen Einfluß bei der Lösung der Krisis eingesetzt habe.

Einem deutschen Sprichwort zufolge soll Gott mit dem Amte zugleich auch den Verstand verleihen. Ueber die Richtigkeit dieses etwas ironisch klingenden Sprichwortes kann man streiten. Aber selbst dieses Sprichwort besagt nicht, daß Gott mit dem Amte zugleich Kenntnisse verleihe.

Herr von Hindenburg hat selbst vor seiner Wahl erklärt, daß er sich nie mit Politik befaßt habe. Bei dieser seiner dankenswerten Offenherzigkeit wäre es unrecht, ihm aus dem Mangel an politischen Kenntnissen einen Vorwurf zu machen. Ein Vorwurf trifft allein die, die einen durchaus unpolitischen Menschen für den geeignetsten Inhaber des höchsten politischen Amtes im Reiche hielten. Mangel an politischen Kenntnissen hat naturnotwendig mangelhafte politische Erkenntnis im Gefolge.

Herrn v. Hindenburgs offener Brief an Marx war genau so ein Verstoß gegen die bewährten Gepflogenheiten des parlamentarischen Regimes wie im letzten Frühjahr sein Pronunziamento zugunsten der Fürstenvermögen. Man darf nicht sagen, er habe verfassungswidrig gehandelt. Er war nur sehr übel beraten, als er so gegen den Geist der Verfassung und gegen die guten Sitten wahrhaft parlamentarisch regierter Länder verstieß.

Sein Brief an Marx enthielt sachlich Unrichtiges. Doch das ist nebensächlich. Wesentlich ist, daß dieser Brief das Ziel verfolgte, der deutschen Politik die denkbar unheilvollste Wendung zu geben. Er fordert eine „Mehrheit der bürgerlichen Parteien". Er schließt die Arbeiter genau so von der Mitregierung aus, wie sie im kaiserlichen Deutschland grundsätzlich von der Mitregierung ausgeschlossen waren. Sie sollen wieder zum bloßen Objekt der Gesetzgebung werden.

So sehen es alle Arbeiter. So sehen wir es. So sieht es natürlich nicht Herr v. Hindenburg, der nicht politisch, sondern patriarchalisch denkt. Etwa wie die besten altkonservativen Rittergutsbesitzer, die da meinten: wozu brauchen meine Arbeiter politische Rechte, wenn ich sie nur anständig behandle! Herr v. Hindenburg wünscht anständige Behandlung der Arbeiter. Darum fordert er von der neuen Regierung, daß sie „die berechtigten Interessen der breiten Arbeitermassen wahre".

Er ahnt anscheinend nicht, daß die Arbeitermassen längst über den Standpunkt hinausgewachsen sind, sich mit dem Wohlwollen der Regierenden zu begnügen. Sie wollen selbst bestimmen, was ihre „berechtigten Interessen" sind. Sie wollen mitbestimmen die Geschicke ihres Vaterlandes. Sie fühlen sich mündig. Sie sind mündig.

Der Brief Hindenburgs wird von jedem deutschen Arbeiter — wenn er nicht gerade eine

gelbe Kreatur ist — als Herausforderung empfunden. Als Kampfansage, die mit Kampfstimmung aufgenommen wird. Mit Kampfwillen. Von der zahlreichsten Klasse des deutschen Volkes.

Als Hindenburgs Wahl 1925 feststand, überschrieb ich meinen Artikel: Armes Deutschland! Ich wiederhole heute diesen Ausdruck.

Hindenburgs Brief ist von der öffentlichen Meinung im allgemeinen und vom Zentrum insbesondere als Druck empfunden worden. Das Zentrum hat sich diesem Druck gefügt. Auch Marx. Er hätte einen glänzenden Abgang gehabt, wenn er jetzt, seinen früheren Absichten getreu, sich still zurückgezogen hätte. Er hat es vorgezogen, seiner Vergangenheit ins Gesicht zu schlagen. Bestimmt nicht aus Kleberei. Er bleibt der anständige Mann, der er immer war. Er hat sich nur leider als noch schwächer erwiesen, als man bisher annahm. Der hörbare Umfall des Zentrums soll durch Fanfarenstöße übertönt werden. Ein Manifest, kilometerlang, begleitet ihn. „Du sprichst vergebens viel, um zu verbergen."

Für die Zweideutigkeit des Manifestes nur ein typisches Beispiel. In dem Abschnitt über die Reichswehr heißt es:

> Die Rekrutierungsfrage muß in einer Form gelöst werden, die den wahrhaft verfassungstreuen Söhnen unseres Volkes Zugang zu diesem Waffendienst ermöglicht.

Also das brave Zentrum nimmt sich vor, in Zukunft den „verfassungstreuen Söhnen" Zugang zum Reichswehrdienst zu verschaffen. Wie gütig! Da sollen wohl ein paar republikanische Konzessionsschulzen in die Reichswehr aufgenommen werden. Wie unter Wilhelm II. ein paar bürgerliche Konzessionsschulzen in die Offizierskorps der feudalen Regimenter. Und dies unter demselben Geßler, unter dem die Monarchisierung der Reichswehr so ausgezeichnet gelungen ist. Denn wenn den „verfassungstreuen Söhnen" der Zugang erst ermöglicht werden soll, so muß er ihnen doch bisher nach der einstimmigen Meinung des Zentrums verschlossen gewesen sein.

Auf Grund des Manifestes soll mit den Deutschnationalen verhandelt werden. Ob sie alles schlucken werden, was man ihnen vorsetzt? Natürlich werden sie schlucken. Sie sagen sich: zu der einen Oeffnung geht es hinein, zu der anderen heraus. War es nicht einer der ihren, Herr von Kemnitz, der zwei Tage vor der Dawes-Abstimmung im Interesse seiner sauberen Weste Pech und Schwefel auf die Dawes-Gesetze spie und sie dann, zwei Tage später, doch annahm.

Soviel Messen gibt es gar nicht, wie die Deutschnationalen lesen zu lassen bereit sind, wenn sie nur an die Macht kommen können. Sitzen sie erst auf den Ministerstühlen, dann werden sich die gutgläubigen Zentrumsidealisten ihren Schaden besehen können. Dann werden die republikanischen Beamten abgebaut, die rechtsradikalen Verbände protegiert, die Arbeiterforderungen ignoriert, die Reformen der Reichswehr sabotiert. Und die Völkerbundspolitik? Du lieber Himmel, was wird aus ihr werden, wenn Herrn Stresemann jeden Tag sein Nachbar zur Rechten in die Suppe spucken kann!

Deutschland geht schweren Zeiten entgegen, unfruchtbaren für die Außenpolitik, zersetzenden für die Innenpolitik. Viele tragen schuld daran. Aber die Hauptverantwortung trifft den unverantwortlichen Reichspräsidenten v. Hindenburg.

H. v. Gerlach.

Rechtsregierung in Deutschland.

Ein Geburtstagsgeschenk für Wilhelm II.

Berlin, 26. Januar. Die Bildung der Rechtsregierung kann bereits als völlige Tatsache angesehen werden. Es handelt sich nur noch um die Besetzung der einzelnen Ministerien. Die Verhandlungen darüber werden wahrscheinlich noch morgen andauern. Die Deutschnationalen beanspruchen für sich 5 Ministerportefeuilles, darunter das des Vizekanzlers. Das Zentrum erklärte sich bisher einverstanden, den Deutschnationalen 3 Portefeuilles zu überlassen. Die Bekanntgabe der Kabinettsliste wird daher am Donnerstag erwartet, also am 27. Januar, dem Geburtstage Exkaisers Wilhelm.

Die englischen Dominions lehnen ab.

Kanada, Australien und Indien wollen mit der englischen China-Politik nichts zu tun haben.

London, 26. Januar. Wie die „Times" aus Sidney erfährt, hat der australische Wehrminister erklärt, daß alle Gerüchte, wonach Australien die Aktion Englands in China unterstützen wird, nicht den Tatsachen entsprechen. Heute wird das australische Parlament beschließen, ob Australien England militärische Hilfe entsenden wird oder nicht. Der Berufsverband der Marineleute in Australien hat sich gegen die Entsendung seiner Mitglieder nach den chinesischen Gewässern ausgesprochen.

Auch aus Kanada wird von den dortigen Regierungskreisen erklärt, daß England auf eine Unterstützung seitens Kanadas nicht rechnen kann. Kanada weiß wohl gut, daß England in China isoliert dasteht und sogar von seinen Dominions verlassen ist, doch könne sich die Regierung von Kanada in innere Angelegenheiten Chinas nicht mischen.

Wie Reuter aus Bombay berichtet, ist ein Eingreifen seitens Indiens ebenfalls nicht zu erwarten. Die indische Presse sowie die Führer der in Indien sehr zahlreichen Kommunisten rufen die Bevölkerung zum Widerstand gegen eine Entsendung von indischen Truppen nach China auf.

*

Ein Manifest der Kanton-Regierung.

Shanghai, 26. Januar. Der „strategische" Rückzug der Engländer aus Mittel- und Westchina dauert an. Die Lage in Hankau ist unverändert. Die Südregierung hat in einem langen Manifest die volle Unabhängigkeit Chinas als unverrückbares nationales Ziel und zugleich ihre Bereitwilligkeit zu Verhandlungen auf Grundlage der Gleichberechtigung erklärt.

Peking, 26. Januar (AW). Die Lage in Shanghai stellt sich wie folgt dar: Die unter dem Kommando des Gouverneurs Tsuschuanchan stehenden Truppen, die die Besatzung von Shanghai bilden, haben nach vorübergehenden Erfolgen bei Lachi eine schwere Niederlage erlitten. Die Truppen ziehen sich auf Hangtschan zurück. Es wird befürchtet, daß die Stadt in den nächsten Stunden von den südchinesischen Truppen besetzt wird. Infolgedessen herrscht in Shanghai große Besorgnis. Die Empörung der Arbeiterschaft wächst ständig, die Lage wird immer ernster.

Das Haager Schiedstribunal wird den Streit zwischen Mexiko und Washington entscheiden.

Washington, 26. Januar (AW). Der Senat nahm eine Resolution der Außenkommission, die vom Senator Robinson eingebracht wurde, an, in der die Entscheidung in Sachen des Streites zwischen den Vereinigten Staaten und Mexikon dem Haager Schiedstribunal überwiesen wird.

Der „Piast" will die Selbstverwaltungsgesetze hintertreiben.

Die Administrationskommission des Sejm hat die zweite Lesung der Selbstverwaltungsgesetze bekanntlich auf Grund eines Kompromisses zwischen den Parteien der Linken und Rechten beendet. Alle Parteien, die an den Beratungen der inoffiziellen Kommission teilnahmen, verpflichteten sich keinerlei Verbesserungen weder in der Kommission noch im Plenum des Sejm zu stellen.

Wortbrüchig scheint nun der „Piast" zu werden. In seiner letzten Klubsitzung beschäftigte er sich u. a. mit den Selbstverwaltungsgesetzen. Seine Beschlüsse, die nunmehr bekannt wurden, gehen in der Linie der stärkeren Zulassung zu der Selbstverwaltung der wirtschaftlichen, nicht aber der politischen Kreise. Arbeiterverbände und Organisationen, wie politische Arbeiterparteien, werden ja bekanntlich von diesen Kreisen nicht als wirtschaftliche Faktoren angesehen. Also besagt der Beschluß, daß der „Piast" für eine Revision der bisherigen Beschlüsse über Gleichberechtigung der Wähler auftreten wird.

Die Linksparteien werden angesichts dessen ihre Minimalforderungen ebenfalls revidieren müssen. Und so kann die Beendigung der Arbeiten an dem Gesetz wieder sehr leicht sabottiert werden. Dabei erfordert die Lage vieler Selbstverwaltungen, und nicht zuletzt die Lodzer, eine sofortige Durchführung von Neuwahlen. Der „Piast" scheint eben alles auf eine Karte zu setzen. Er rechnet auf Verzögerung und Nichterledigung der Gesetze durch diesen Sejm. Im neuen aber glaubt er, die Mehrheit zu haben, zusammen mit dem „Obwiepol".

Für die Linksparteien ist dieser Beschluß des „Piast" ein Memento.

Das Schulgesetz.

Dieser Tage fand eine Sitzung der Ministerialkommission zur Ausarbeitung der Grundsätze für das Schulgesetz statt. In der Kommission wurde beschlossen:

1. Die Schulpflicht beim Kinde beginnt in dem Jahre, in welchem es 7 Jahre alt wird oder wurde. Zulässig ist die Aufnahme 6jähriger Kinder, sofern sie geistig und physisch genügend entwickelt sind.
2. Das Volksschulwesen soll 7jährig und derart organisiert sein, daß es immer mehr ausgebaut werden kann.
3. Das Programm allgemeinbildender Mittelschulen soll sich auf dem Programm 7klassiger Volksschulen stützen.
4. Die allgemeinbildende Mittelschule soll vier Jahre währen, wobei sie mit einer zweiklassigen Schule verbunden ist, die die Schüler für akademische Schulen vorbereitet. Die gesamte Lehrzeit in der Mittelschule soll nicht 5 Jahre überschreiten.
5. Die Reifeprüfungen sollen abgeschofft werden, dagegen sollen Aufnahmeprüfungen für Gymnasien verpflichten bezw. für akademische Schulen.
6. Berufsschulen sollen die Jugend erst nach Beendigung der Volksschule aufnehmen, also muß der Schüler 14 bezw. 13 Jahre alt sein.

Mandatsniederlegung durch Abg. Moraczewski.

Der gegenwärtige Minister für öffentliche Arbeiten, Jendrzej Moraczewski, Abgeordneter der P. P. S., hat in einem Schreiben an den Sejmmarschall mitgeteilt, daß er das Abgeordnetenmandat niederlegt.

Gewaltstreich gegen Memel.

Memel, 26. Januar. Die drei großen memelländischen Parteien der „Einheitsfront" — Volkspartei, Landwirtschaftspartei und Sozialdemokratische Partei — veröffentlichen in der memelländischen Presse eine gemeinsame längere Erklärung zu der Auflösung des memelländischen Landtages durch den Gouverneur, in der es u. a. heißt:

„Die unbegründete Auflösung des Landtages ist ein Verstoß gegen die Memeler Konvention. Nach Artikel 12 Absatz 5 des Memelstatuts kann der Landtag vom Gouverneur im Einvernehmen mit dem Landesdirektorium aufgelöst werden. Voraussetzung hierfür ist jedoch auf jeden Fall, daß das Direktorium auf legalem Wege zustandegekommen ist.

Der oft von unserer Seite bewiesene Verständigungswille hat zu neuen Enttäuschungen geführt. Der Memeler Bevölkerung ist es nur zu gut bekannt, mit welchen großen Schwierigkeiten der Landtag seine Arbeit aufnehmen und fortführen mußte. Bei jeder passenden Gelegenheit wurde diese Arbeit erschwert und behindert. Man muß den Eindruck gewinnen, als sollte das Ansehen des Landtages in der Bevölkerung herabgesetzt, eine gewisse Stimmung für die Landtagsauflösung hervorgerufen und der Boden für Neuwahlen vorbereitet werden. Die Beseitigung des Landtages, der zum erstenmal der sichtbare Ausdruck frei ausgesprochenen Volkswillens ist, fordert zum schärfsten Protest heraus. Nunmehr haben die Wähler wieder das Wort. Sie werden, davon sind wir überzeugt, wie am 19. Oktober 1925 so auch am 4. März 1927 aufs neue ein klares Bekenntnis zur Kultur und zum Wirtschaftsleben des Memelgebietes (also nicht Litauens. Red.) abgeben."

Aus der Tatsache, daß die Erklärung von den drei großen memelländischen Parteien gemeinsam unterzeichnet ist, kann man schließen, daß die alte Einheitsfront, auf deren Zerstörung von litauischer Seite schon seit langem hingearbeitet wird, jetzt in der Stunde der Gefahr, wo es um die Autonomie geht, sich erneut zusammengeschlossen hat. Im allgemeinen sieht man den Wahlen, obwohl sie unter Kriegszustand und Pressezensur vor sich gehen werden, mit Optimismus entgegen.

Sozialisten-Verfolgungen in Rumänien.

Bukarest, 26. Januar. In der Bukowina (Rumänien) haben neuerdings wieder Sozialistenverfolgungen mit aller Macht eingesetzt. Der große Erfolg, den die Sozialdemokratische Partei bei den letzten Parlamentswahlen errang — sie erhielt in den ländlichen Bezirken der Nord-Bukowina zwischen 13 und 23 Prozent aller abgegebenen Stimmen — läßt die Militär- und Polizeibehörden nicht ruhen. In der ganzen Nord-Bukowina, die unter Belagerungszustand steht, ist für die ukrainischen Sozialdemokraten ein Zustand der absoluten Vogelfreiheit eingeführt. Der Verdacht, daß jemand Sozialist ist, genügt den Gendarmen, alle Künste rumänischen „Ordnungsschutzes" spielen zu lassen.

„Kaiserin" Zita fordert den Kronenschatz

Berlin, 25. Januar. Wie die Morgenblätter aus Paris melden, hat das dortige Gericht die Klage der früheren Kaiserin Zita gegen die Gebrüder Bienenrald in Paris auf Herausgabe des österreichischen Kronschatzes kostenpflichtig abgewiesen.

Klerikalisierung der Schule.

Vor der Niederlegung des Amtes als Leiter des Kultusministeriums durch den Vizepremierminister Dr. Bartel erließ er eine Verfügung, durch die er den Religionsunterricht in den polnischen Mittel- und Volksschulen einführt. In der Verfügung heißt es, daß die Kinder dreimal jährlich zu gemeinsamer Kommunion gehen und daß die Schulen Sonntags an den Gottesdiensten teilnehmen müssen.

Der Klub der Abgeordneten der P. P. S. hat vorgestern im Sejm eine Interpellation gegen dieses Rundschreiben Bartels eingebracht. Der Klub steht mit Recht auf dem Standpunkt, daß diese Verordnung eine Verletzung der Verfassung ist, die jedem Bürger Gewissensfreiheit garantiert.

Abgeordneter Kazimierz Czapinski nimmt im „Robotnik“ zu diesem Rundschreiben Stellung. Er führt u. a. aus:

In Polen geht ein sehr interessanter und sehr wichtiger Prozeß der tatsächlichen stufenweisen Klerikalisierung einer Reihe von Gebieten des sozialen Lebens, vor allen Dingen des Schulwesens, vor sich.

Wir sagen faktisch, denn gesetzliche Grundlagen hat dieser Prozeß nicht. Geistlicher Adamczewski sagte während der Verfassungsdebatten: Die Bekenntnisschule habt ihr verworfen, aber wir, der Klerus, werden sie langsam via facti, auf dem Wege der vollzogenen Tatsachen einführen.

Unsere Verfassung sieht die Trennung der Kirche vom Staate nicht vor, sie führt auch die weltliche Schule nicht ein, sondern im Gegenteil den Religionsunterricht bis 18 Jahren (Art. 120) in allen Schulen, die teilweise oder vollständig vom Staate oder den Selbstverwaltungen unterhalten werden.

Es scheint, daß es damit genug wäre. Denn in anderen Staaten kennt man diesen Zwang nicht. Die deutsche Weimarer Verfassung (Art. 149) führt zwar den Religionsunterricht in den Schulen (mit Ausnahme der Schulen der Bekenntnislosen) als ordentliches Fach ein, aber die Entscheidung, ob das Kind an diesem Fach teilnimmt, untersteht den Eltern.

Aber bei uns erweitert man die Verfassung ständig zugunsten des Klerus. Das Konkordat mit Rom z. B. (Art. 13) spricht von einem Religionszwang sogar in Privatschulen, mit Ausnahme der höheren Schulen. Bekenntnislose Eltern haben also nicht einmal die Möglichkeit, für eigenes Geld Schulen ohne Religionszwang zu schaffen. Diese Erweiterung der Verfassung ist aber noch nicht alles, denn auch über die „Moral der Religionslehrer“ hat die Aufsichtsbehörde zu entscheiden. Klar ist es also, daß diese Lehrer vollständig von der Geistlichkeit abhängig sind.

Heute stehen wir vor einer gewaltsamen Erweiterung der klerikalen Einflüsse. Es ist nicht ein Schritt vorwärts, sondern ein großer Sprung.

Art. 7 der Bartelschen Verordnung führt eine in einem demokratischen Staate unerhörte Sache ein — den Zwang der religiösen Praktiken! „Die religiösen Praktiken der katholischen lernenden Jugend“ — heißt es bei Bartel — „gehören zum Gesamtkomplex des Lehrens und der religiösen Erziehung“. Und die Praktiken sind: 1. Besuch der Gottesdienste an Sonn- und Feiertagen; 2. dreitägige Buße; 3. Gebet vor und nach dem Unterricht; 4. dreimalige Beichte im Jahre.

Dieser Zwang ist Mittelalter. Er ist eine Vergewaltigung des Gewissens des Kindes und der Eltern. Der Jüngling, der anderer Ansicht als sein Religionslehrer ist, muß in die Kirche gehen, ohne Rücksicht darauf, welche Gedanken sich in der Kirche in seinem Kopfe wälzen werden. Das Kind des Freidenkers muß den Religionslehrer anhören, der oft die Ansichten der Eltern des Kindes verhöhnt.

Was entsteht aber daraus? Nur Falschheit und Gleichgültigkeit gegenüber der Religion. Die Religion wird zu einer „kazionnoje“, zu einer polizeilich angeordneten Tat. Der zeitgenössische Bürger weiß es aber ganz genau, daß daraus weder für die Religion noch für den Charakter des Kindes etwas Gutes entsteht. Die Wahrheitsliebe, die Offenheit des Kindes, muß darunter leiden.

Natürlich werden die Klerikalen in wildem Chor rufen, daß das, was wir sagen, Kampf mit der Religion ist. Aber das ist nicht wahr! Wir wissen, wohin im zaristischen Rußland die offizielle Religion gelangt ist. Man hat sie verlacht, erniedrigt, verstoßen und dadurch den späteren Bolschewiken ihr Werk erleichtert. Religionsfragen dürfen nicht polizeilich behandelt werden. Man darf nicht kommandieren: Marsch dreimal jährlich zur Beichte!

Und so kommandiert wer? Herr Bartel ... Angeblich ein Liberaler. In Art. 1 beruft er sich auf das Konkordat (Art. 13) und die Verfassung (Art. 120). Aber weder hier noch dort ist von religiösen Praktiken die Rede. Herr Bartel erweitert eben. Das ist sein Opfer für den Klerus. Zwar hat er nicht viel für die Schulen zu machen verstanden, eine erzklerikale Verordnung ist ihm aber gelungen.

Vielleicht wollte er für seine Regierung die unwilligen Hierarchen, die Episkopate kapern? Ich weiß es nicht, ob es ihm angenehm sein wird, wenn wir diesen Religionszwang den Bartelzwang nennen werden. Die liberal denkenden Eltern werden dem liberalen Minister sehr dankbar sein!? Vielleicht gibt er sich die Mühe, diesen Eltern zu erklären, wie seine hyperklerikale Verordnung mit dem Art. 111 der Verfassung über die Gewissensfreiheit in Einklang zu bringen ist.

Es fällt uns die Rolle zu, auch im Sejm über das Denkmal zu sprechen, das sich Herr Bartel im Kultusministerium errichtet hat.

Wie Minister Skladkowski die Polizeistrafe zahlte.

Sonntag abend kehrte Innenminister Skladkowski von einer mehrtägigen Inspektionsreise im Auto nach Warschau zurück, welches er gewöhnlich selbst führt.

Unweit Warschau, bei Grochow, wollte der Minister in einen Seitenweg einbiegen. Des Schnees wegen fand er den Weg jedoch nicht, führte das Auto auf die linke Seite des Fahrweges und zündete das sogenannte „große Licht“ an, um sich besser orientieren zu können. In diesem Augenblick trat ein Polizist auf das Auto zu und fragte den in der Rolle des Chauffeurs befindlichen Minister, den er nicht kannte:

„Warum benutzen Sie entgegen den Vorschriften den linken Fahrweg?“

Der Minister wollte den Grund erklären. Doch das half nichts.

„Sie zahlen zwei Zloty Strafe“ — verfügte der Polizist.

Ohne zu zögern zahlte Skladkowski. Bei der Entgegennahme der Quittung sagte er:

„Ich bin der General Skladkowski, Minister des Innern — für die musterhafte Erfüllung Ihrer Pflicht schenke ich ihnen als Belohnung 50 Zloty.“

Der Polizist nahm das Geld aber nicht entgegen und antwortete:

„Ich kenne Sie nicht, Herr General, kann also die Belohnung von Ihnen direkt nicht entgegennehmen, sondern nur durch mein Kommando“.

Der Minister nahm diese Belehrung an und schon am nächsten Tage erhielt der Polizist von seinem Vorgesetzten die 50 Zloty ausbezahlt.

Deutsche Soz. Arbeitspartei

Ozorkow.

Am Sonntag, den 30. Januar l. J., pünktlich 2½ Uhr nachm., findet im Kino „Corso“ eine große

politische Versammlung statt.

Sprechen wird Sejmabgeordneter E. Zerbe

in deutscher und polnischer Sprache über das Thema:

„Die Taten der Regierung Pilsudski und ihre Absichten“.

Bemerkung: Anschließend daran findet eine Mitgliederversammlung mit Wahl des Ortsgruppen-Vorstandes statt. Rege Teilnahme erwartet

der Vorstand

der D. S. A. P. in Ozorkow.

Wenn Wünsche töten könnten!

Zeitgenössischer Roman von **H. C. Mahler.**

(35. Fortsetzung.)

„Und wie ist es dir ergangen in all der Zeit? Wie stehst du zu Linda? Offen gesagt, ich wagte nicht an dich zu schreiben, wie ich es gern getan hätte, weil ich weiß — aus Erfahrung —, daß weder Linda noch ihrer Mutter das Briefgeheimnis heilig ist.“

Berry seufzte. „Nein — es ist ihr nicht heilig. Ich habe Beweise dafür, daß sie meinen Schreibtisch durchsucht hat.“

„Also immer noch die alte. Und wie stehst du sonst zu ihr?“

„Sie haßt mich, und ich kann sie nicht achten. Ich hatte erst gestern wieder eine Szene mit ihr.“

Sie erzählte ihm, was gestern vorgefallen war. Auch das teilte sie ihm mit, daß Linda nun wußte, daß ihr Gatte kein eigenes Vermögen besaß.

„Wie ich sie kenne, wird sie da nicht wenig getobt haben,“ sagte Ralf.

„Ich hatte erst den Eindruck, daß sie es mit Würde trüge, und war im Grunde beschämt, weil ich es anders erwartet hatte. Ich tat, was ich tun konnte, um mein vermeintliches Unrecht gutzumachen. Aber mein Vater verriet mir gestern, daß sie ihm eine furchtbare Szene gemacht habe und ihn nun fortwährend quält und antreibt, daß er arbeitet, um ihre Zukunft sicher zu stellen. Dabei sagte sie mir, es sei ihr gleich, ob mein Vater arm oder reich sei.“

Und Berry erzählte Ralf nun offen alles, was sie auf dem Herzen hatte. Auch wie sie ihrem Vater von seinen Sorgen helfen wollte, teilte sie ihm mit, verschwieg ihm aber auch nicht, daß ihr trotz alledem die rechte Freudigkeit fehle und daß ihres Vaters Verhalten sie quäle und niederdrücke.

Voll warmer Teilnahme hörte er zu. Dann sagte er: „Es ist selbstverständlich Berry, daß wir beide Linda und ihre Mutter nicht darben lassen werden, wenn dein Vater einmal nicht mehr am Leben ist. Und wie die Dinge liegen, werde ich mich bei Gelegenheit mit deinem Vater in Einvernehmen setzen und ihm die Sorge für Lindas Mutter abnehmen. Ich bin ja jetzt in der Lage, für sie sorgen zu können. Und dein Vater hat es dann etwas leichter. Hoffentlich lebt er noch lange. Er ist ja noch sehr rüstig und jugendfrisch.“

„O du hast ihn in letzter Zeit nicht gesehen. Seit seiner Hochzeit ist er alt und elend geworden. Man merkt ihm an, daß er mit seiner Heirat einen Mißgriff getan hat. Und das spricht er jetzt auch ganz offen aus — so offen, daß es mir für seine Frau leid tun würde, wenn ich nur die geringste Sympathie für sie hätte.“

Er faßte ihre Hand. „Nun wollen wir aber all das Unerquickliche beiseite lassen, Berry. Die nächsten Wochen wollen wir froh und glücklich verleben. Schade, daß ich so viel zu tun habe. Ich werde euch leider kaum mehr als bei den Mahlzeiten und am Abend sehen, außer an den Sonntagen, die ich mir freihalten werde. Morgen ist so ein Sonntag! Wir werden zur Ruine hinaufsteigen. Du wirst allerlei malerische Punkte entdecken und dir die Zeit vertreiben, wenn ich nicht daheim bin. Außerdem gestattet dir deine Malerei, dich möglichst von Linda zu separieren. Sie wird sich, wie ich sie kenne, bald sehr langweilen und wieder nach Hause verlangen. Offen gestanden hat es mich sehr gewundert, daß sie mitgekommen ist.“

Sie plauderten noch eine Weile, bis Tante Steffi aus ihrem Nickerchen erwachte und erstaunt um sich sah.

Lachend setzten sie sich zu ihr. Und gleich darauf erschien auch Linda wieder auf der Veranda.

Ralf führte seine Gäste durch das Haus, durch die Ställe und Wirtschaftsgebäude. Im Pferdestall zeigte er Berry seine beiden Reitpferde.

„Gleich zwei Reitpferde hast du,“ spottete Linda.

Er verneigte sich. „Ja — ich brauche sie nämlich alle beide. Im Frühjahr, Sommer und Herbst verbringe ich die meiste Zeit auf dem Pferderücken, da muß ich mindestens zwei ausdauernde Gäule haben.“

Berry streichelte die Tiere. „Es ist schön auf dem Lande, wenn man reiten kann.“

Er wandte sich lebhaft zu ihr. „Möchtest du es lernen?“

Sie lachte. „O — was denkst du — ich bin eine firme Reiterin. Auf meiner Hazienda bin ich täglich stundenlang mit meinem Vater auf meinem Grund und Boden herumgeritten. Ich glaube, da drüben kann man gar nicht existieren, wenn man nicht reiten kann.“

Erstaunt sah Ralf sie an. „Weshalb reitest du dann nicht in Düsseldorf?“

Sie schüttelte den Kopf. „In der Stadt macht es wenig Vergnügen. Ich habe noch gar nicht daran gedacht, mir ein Reitpferd zu kaufen. Auf meiner Hazienda habe ich ein prachtvolles Tier. Ich freue mich, wenn ich es eines Tages wieder reiten kann. Aber vielleicht kaufe ich mir ein Tier. Kannst du mir vielleicht eines verschaffen?“

„Nichts leichter als das. Es sind mir gerade jetzt zwei Pferde angeboten worden, und darunter ein gut eingerittenes Damenpferd. Ich habe mir die Tiere schon angesehen. Für eine Anfängerin wäre mir das Damenpferd zu feurig. Aber wenn du eine firme Reiterin bist, wäre es passend für dich.“

„Es darf schon etwas temperamentvoll sein, Ralf, sonst ist es langweilig, zu reiten.“

„So will ich es für dich kaufen, Berry, dann kannst du mich zuweilen auf einem Ritt begleiten.“

Ihre Augen leuchteten ineinander.

Berry nickte strahlend. „O, das wird schön werden. Bitte kaufe das Pferd für mich. Sattel und Reitdreß lasse ich mir von zu Hause schicken. Ich habe alles, was ich dazu brauche.“

Hofbäckermeister Schmidt als Filmpartner Domelas.

Harry Domela, der falsche Kronprinzensohn, hat nach seiner Verhaftung sofort die verlockendsten Filmanträge erhalten. Auch der Weimarer Hofbäckermeister Arno Schmidt, einer der Hauptbannerträger des falschen Hohenzöllernsprossen, wurde aufgefordert, bei einem Film, der die Prinzentournee durch Thüringen behandeln soll, mitzuwirken. Wie in Weimar verlautet, hat sich Herr Schmidt nunmehr entschlossen ein derartiges Filmangebot anzunehmen.

Vereine • Veranstaltungen.

Gerhard Hauptmann als Hauptvertreter des Naturalismus in der deutschen Literatur. In dem am vorigen Donnerstag von Herrn Arthur Reich, Lehrer in Zgierz über dieses Thema gehaltenen Vortrag im Commisverein wurden nicht nur die Werke des in Lodz gern gelesenen Schriftstellers G. Hauptmann einer ausführlichen Besprechung unterzogen, sondern auch das Charakteristische des naturalistischen Schrifttums, das sich in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zu entwickeln begann. Die naturalistisch gerichtete Philosophie, die in dem Menschen ein Produkt der ihn umgebenden Verhältnisse sah, wirkte entscheidend auf die jungen, nach neuen Wegen und neuen Ausdrucksmitteln suchenden Dichter. Es entstand ein Schrifttum, das nicht mehr Handlungen, sondern Zustände schilderte. Wo frühere Schriftsteller ihr Augenmerk z. B. bei einem vom Baume fallenden Blatte auf die Tatsache des Fallens richteten, beschreibt der Naturalist bis ins Kleinste jede einzelne Lage während des Fallens, jeden Schimmer des darauf fallenden Lichtes usw. usw. Dieses Schrifttum ist oft eine bis auf die äußerste Spitze getriebene Kleinmalerei. Nachdem Redner sich kurz mit Zola, Ibsen, Tolstoi und Dostojewski beschäftigt hatte, ging er auf die deutschen Naturalisten über. Die beiden Hauptmittelpunkte der Entwicklung des deutschen naturalistischen Schrifttums waren Berlin und München. Nach einer kurzen Lebensgeschichte von G. Hauptmann wurden seine Werke analysiert. Die Proben, die der Redner zur Illustrierung seines Vortrages vorlas, waren treffend ausgewählt. Es war das erstemal, daß wir Herrn Reich reden hörten, und wir müssen anerkennen, daß dieser noch junge Herr den Stoff mit gesunder Kritik behandelte. Auch die Vortragsweise war fesselnd. Es war nur zu bedauern daß infolge der Lodzulenz (die übliche Lodzer chronische Krankheit, zu deutsch Verspätungssucht), die sich im Commisverein recht tief eingefressen hat, der Vortrag wiederum mit dreiviertel Stunde Verspätung beginnen und der Redner deshalb kürzen mußte. Ypsilon.

Vortrag im Chr. Commisverein z. g. U. in Lodz. Heute, Donnerstag, den 27. Januar, um 9 Uhr abends hält im Saale des Christlichen Commisvereins in der Aleje Kosciuszki 21 Herr Musikdirektor Adolf Bautze einen Vortrag über das Thema: „Geschichte der deutschen Musik — Romantiker." Die geschätzten Mitglieder unseres Vereins mit ihren Angehörigen sowie Freunde und Gönner des Vereins sind zu diesem Vortragsabend herzlichst eingeladen

Der Pabianicer evangelische Kirchengesangverein hielt dieser Tage seine Jahreshauptversammlung ab. Aus den Berichten geht hervor, daß der Verein 311 Mitglieder zählt. Das Vereinsvermögen repräsentiert einen Wert von 10000 Zloty Die Wahlen brachten folgendes Ergebnis: 1. Vorstand Schöffe Otto Herter; 2. Vorstand R. Jüttner; Vorstandsdame O Mirsch; Schriftführer E. Bernat und R. Laufer; Kassierer A. Kindler und L. Krusche; Archivare Paul, Kittel, Frl. E. Bensch und Kittel; Wirte A. Gajewski, Zakrzewski, Wildemann, Fröning, Frl. Gajewska und Walter; Vergnügungsausschuß Kaplet, Kindler jr. und Schmidt; dramatische Sektion Steinert und Bensch: Musiksektion Paul und Seeliger; Revisionskommission Basler, Schwalbe und Lehmann jr. Der Mitgliedsbeitrag wurde auf ein Zloty monatlich festgesetzt.

Im Pabianicer Männergesangverein wurde am Sonnabend eine neue Verwaltung in folgendem Bestande gewählt: Präses Julius Filtzer; Vorstand R Hegenbart; Kassierer Krenz und Keil; Schriftführer Scherfer und Liebsch; Archivare Michel, Höflich und Brünen; Liederkommission Krusche, Lührmann und Wenske; Vergnügungskommission Michel, Basler, Lehmann, Hübner, Dickfoß und Dengscherz; Revisionskommission Dr. Krusche, Zirkler und Hermann; Wirte Jekel, Bliege, Obicki, Rode, Ehrentraut und Liebsch. Der Verein zählt 167 Mitglieder.

Sport.

Das große Sechstage-Schieben.

Schwere Anklagen gegen Radfahrer und Radfirmen.

Das Berliner Sechs-Tage-Rennen, das in der vergangenen Woche zu Ende ging, hat nicht die sportlichen Sensationen gebracht, die seine Veranstalter und ein Teil der Sportpresse prophezeit hatten. Die Sensationen lagen auf anderem Gebiet: das letzte Sechs-Tage-Rennen wurde als die größte „Schiebung" bezeichnet, die bisher im deutschen Sportbetrieb vorgekommen ist.

Schuld an dem sportlichen Fiasko des letzten Sechs-Tage-Rennens ist zweifellos der Brauch, daß Radfahrfirmen einzelnen Fahrern eine besondere Vergütung dafür gewähren, daß sie eine bestimmte Radmarke benützen, und den Siegern eine hohe Extraprämie versprechen. Es kann keinem Geschäftsunternehmen verdacht werden, daß es sich auf diese Weise eine billige Reklamemöglichkeit verschafft. Aber die Versuchung, daß sich der eine oder andere Fahrer nicht nur für den Fall eines Sieges Prämien versprechen läßt, sondern auch für den Fall, daß er sich nicht um den Sieg bemüht, sondern einem anderen Fahrer zum Ruhm des Sieges verhilft, liegt sehr nahe. So wird erklärt, daß die ursprünglichen Favoriten des letzten 6-Tage-Rennens, das Fahrerpaar Wambst-Lacquehay, das in früheren Rennen eine beispiellose Ueberlegenheit bewiesen und in Neuyork in einer einzigen Nacht das ganze Feld achtmal überrundet hatte, diesmal völlig versagten.

Man behauptet, daß Wambst-Lacquehay für ihre Niederlage höher bezahlt worden sind, als die Sieger, Tonani-Lorenz, für ihren Sieg, und daß beide Paare ihre Prämie von der gleichen Firma erhalten haben.

Tatsache ist, daß der Rennfahrer Fritz Bauer, kurz vor Schluß des Rennens, vor der Pressetribüne die Erklärung ab, „6 Paare laufen für die „Mifa", — alles ist Schiebung!" Tatsache ist ferner, daß dem Leiter des Rennens, Walter Rütt, auf eine Aufforderung hin, das Rennen durch eine Jagd zu beleben, von den offiziell für die „Mifa" fahrenden Mannschaften erklärt wurde: sie hätten von ihrer Firma die Anweisung, Tonani-Lorenz (die gleichfalls für die „Mifa" fuhren und an der Spitze lagen) nicht zu gefährden. Tatsache ist ferner, daß der Sturz und das Ausscheiden des Fahrers Junge, das die Kombination Petri-Namara ermöglichte, „in internen Kreisen" zwei Stunden vorher angekündigt worden war, und daß erzählt wird, Junge habe für seinen „Sturz", der sich fern von der Pressetribüne in einer entlegenen Kurve ereignete, eine „Prämie" in Höhe von 1000 Mark erhalten.

Man weiß nicht erst seit heute und gestern, daß Sechs-Tage-Rennen mehr geschäftliche als sportliche Veranstaltungen sind. Aber das „Geschäftliche" hat Grenzen, die nicht ungestraft übertreten werden dürften.

Zwei Siege der deutschen Eishockeymannschaft.

Die Sensation des ersten Tages in den Eishockeykämpfen um die Europameisterschaft, die in Wien ausgetragen wird: Deutschland schlägt die tschechische Mannschaft nach aufregendem und aufopferndem Spiel wohlverdient 2:1. Die Deutschen überraschten, gestützt von den Sympathien des Publikums, durch eine ganz große Leistung. Sie führten ein Spiel vor, wie man es von dieser Mannschaft in Berlin noch nie zu sehen bekam.

Das zweite Treffen trugen die Deutschen mit der polnischen Repräsentationsmannschaft aus. Die Polen verloren 2:1 (1:1).

Deutsche Sozialistische Arbeitspartei Polens

Hauptvorstand.

Am Montag, den 31. Januar, um 7½ Uhr abends, findet im Parteilokal eine Sitzung des Hauptvorstandes statt. Die Anwesenheit aller Mitglieder ist dringend erforderlich. (—) A. Kronig, Vorsitzender.

Achtung! Aktive und Passive der Gesangsektion Lodz-Zentrum. Morgen, Freitag, findet die übliche Gesangstunde und der Klubabend für die Passiven nebst Amtsübernahme durch den neuen Vorstand statt. Das Erscheinen aller Mitglieder ist erwünscht. Der Vorstand.

Ortsgruppe Lodz-Nord. Die Vertrauensmänner der Ortsgruppe Lodz-Nord werden dringend ersucht, die Revierhefte zwecks Umtausches auf neue für das Jahr 1927 an jedem Abend von 7.30 Uhr ab oder bei Gen. Freiburger, Reiterstraße 13, spätestens bis Sonnabend, den 29. Januar, abzugeben. Der Vorstand.

Ortsgruppe Zgierz. Abendkurse für Mitglieder der Partei und des Jugendbundes finden im Parteilokale jeden Dienstag und Donnerstag von 7—9 Uhr abends statt. Außerdem finden daselbst jeden Sonntag um 3 Uhr nachmittags Vorträge über wissenschaftliche und soziale Themen statt. Der Bildungsausschuß.

Jugendbund

der D. S. A. P.

Lodz-Zentrum. Vorstandssitzung. Heute, Donnerstag, den 27. Januar l. J., um 7 Uhr abends, findet im Parteilokale, Petrikauerstraße 109, die ordentliche Vorstandssitzung statt Da wichtige Punkte zu besprechen sind, bittet um vollzähliges Erscheinen der Vorsitzende.

— Sportler! Heute, Donnerstag, den 27. Januar l. J., um 7 Uhr abends, findet im Parteilokale, Petrikauerstraße Nr. 109, eine außerordentliche Mitgliederversammlung unserer Sportsektion statt. Da sehr wichtige Fragen zu behandeln, eventuell Neuwahlen durchzuführen sind, erwartet ein pünktliches und vollzähliges Erscheinen im Auftrage des Ortsgruppenvorstandes: J. Richter.

Gewerkschaftliches.

Am Sonnabend, den 29. Januar, findet im Gewerkschaftslokale, Petrikauer 109, pünktlich 6 Uhr abends, eine Sitzung des Vorstandes der Deutschen Abteilung beim Verband der Arbeiter und Arbeiterinnen der Textilindustrie Polens statt. Vollzähliges Erscheinen unbedingt erforderlich. Der Vorstand der Deutschen Abteilung.

Ralf atmete auf. „Famos, Berty."

„Wird dir auch dabei nichts geschehen, Berty?" fragte Tante Steffi ängstlich.

Berty lachte. „Keine Sorge, Tante Steffi."

Lindas Augen glitzerten. „Es sind schon die besten Reiter gestürzt," dachte sie und wünschte, daß Berty mit ihrem Pferde stürzen möge.

Sie ärgerte sich überhaupt, daß Berty reiten würde. Dann konnte sie nicht dabei sein, wenn sie mit Ralf Ausflüge machte.

Am nächsten Vormittag herrschte auf dem Gut sonntägliche Stille. Die Leute waren im Sonntagsputz ins Dorf zur Kirche gegangen, und nur die nötige Bedienung war zu Hause geblieben.

Ralf machte mit den Damen einen Ausflug nach der Ruine. Tante Steffi wegen mußte man ein behagliches Tempo einschlagen, aber dafür konnte man auch von jedem Ausblick aus den herrlichen Blick ins Tal bewundern.

Ralf und Berty waren in einer glücklich übermütigen Stimmung. Auch Linda zeigte eine ausgelassene Heiterkeit, die ihr aber nicht aus dem Herzen kam. Als sie oben auf der Höhe des Berges aus dem Walde traten, lag die Ruine in ihrer ganzen malerischen Wirkung vor ihnen.

Berty wurde ganz still, lehnte an einem Baum und sah entzückt auf das herrliche Bild.

Ralf sah sie erwartungsvoll an und freute sich der Wirkung. „Gelt, Berty, es lohnt sich, hier heraufzusteigen?"

Sie nickte aufatmend. „Hier werde ich eine reiche Ausbeute für mein Skizzenbuch finden. Wunderschön ist der Blick auf die Ruine. Sie scheint übrigens noch gut erhalten zu sein."

„O ja, zumal da mein Oheim sie ein wenig hat restaurieren lassen. Besäßen einige Räume Fenster und Türen, wären sie sogar noch bewohnbar. Auch ein guterhaltenes Burgverlies ist noch vorhanden, in denen die alten Raubgrafen unbequeme Feinde auf Nimmerwiedersehen verschwinden ließen.

Linda horchte hoch auf. „O wie gruselig," scherzte sie. Aber in ihren Augen lag ein Ausdruck, der nichts mit Scherz zu tun hatte.

Ralf wandte sich nach ihr um. „Ja, es war damals eine wilde Zeit! Da ging Gewalt vor Recht. Und dies Burgverlies könnte vielleicht seltsame Geschichten erzählen. Es ist eine sinnreich angelegte Menschenfalle. Wenn der Hausherr einen unbequemen Menschen verschwinden lassen wollte, öffnete er durch einen besonderen Mechanismus eine Tür, die in einen dunklen Raum führte. Mit einer liebenswürdigen Handbewegung forderte er seinen Gast höflich zum Vortritt auf — und dieser stürzte, sobald er den Raum betreten wollte, in eine bodenlose Tiefe. Mit der Gemütlichkeit eines ausgemachten Bösewichtes drückte der gastfreundliche Hausherr die Tür ins Schloß und ließ seine Opfer elend zugrunde gehen. Die dicken Mauern verhinderten, daß Hilferufe aus dem Verlies herausdrangen, selbst wenn sich das Opfer nicht gleich zu Tode gestürzt hat, was auch meistens geschah, da das Verlies sehr tief ist."

„Nun höre aber auf, Ralf, das ist ja eine schreckliche Geschichte Da bekommt man das Gruseln am hellen Tage," sagte Tante Steffi, sich die Ohren zuhaltend.

„O — ich finde das sehr interessant! Das Burgverlies mußt du uns zeigen," stieß Linda seltsam erregt hervor. Und sie dachte, wie leicht es die alten Raubgrafen von Neurode gehabt hatten, wenn sie einen Feind wollten verschwinden lassen.

Ralf sah in ihr Gesicht. Und im hellen Sonnenlicht überlief ihn plötzlich ein Gefühl des Schauderns. Aber er schüttelte es schnell ab und sagte lachend: „Ich werde mich hüten, dies Geheimnis preiszugeben."

„Dann hast du geflunkert, Ralf."

Er zuckte die Achseln. „Natürlich habe ich geflunkert. Aber um solch eine Ruine muß man doch geheimnisvolle Sagen weben, sonst fehlt die Romantik. Ich habe die Geschichte vom Burgverlies zur Unterhaltung meiner Gäste ersonnen."

Berty sah ihn forschend an. Sie wußte, daß Ralf nicht der Mann war, mit einem so wahrhaften Gesicht ein solches Märchen aufzutischen. Auch Linda glaubte das nicht. Sie war überzeugt, daß dies Burgverlies wirklich vorhanden war. Ralf hatte die Einzelheiten so genau geschildert. Sie nahm sich vor, das Geheimnis zu ergründen. Aber sie gab sich den Anschein, als glaube sie, daß Ralf ein Märchen ersonnen habe.

„Da du durch dein Märchen für die nötige romantische Stimmung gesorgt hast, kannst du uns ja auf den Söller des Turmes hinaufführen," sagte sie lachend.

Aber in ihrem Innern war ein brennender Wunsch erwacht. „Könnte ich dies Burgverlies entdecken — und diese hochmütige Prinzessin darin verschwinden lassen."

Ralf führte die Damen nach der Ruine hinüber, und Berty war entzückt von den vielen malerischen Motiven. Ralf war ganz stolz, ihr soviel Schönes bieten zu können.

Schließlich führte er seine Gäste auch im Eckturm die Treppe empor, bis zur Plattform des Söllers hinauf. Linda ließ ihre Augen im Innern des Turmes herumschweifen. Wenn das bewußte Burgverlies wirklich vorhanden war, dann konnte es sich nur im Turm oder in dem dicht grenzenden Teil des Nordflügels befinden denn der übrige Teil der Ruine war viel zu zerfallen. Als sie hinter Berty die Söllertreppe hinaufschritt, sah sie haßerfüllt auf die schlanke Gestalt. Und als sie neben ihr an der Brustwehr des Söllers stand, dachte sie: „Es brauchten sich nur ein paar Steine zu lockern, auf denen sie steht, dann stürzte sie hier hinab — und alles wäre gut."

Aber die Steine lockerten sich nicht. Berty blickte entzückt auf das wundervolle Panorama zu ihren Füßen und ahnte nicht, welche furchtbare Gedanken hinter Lindas Stirn kreisten.

(Fortsetzung folgt)

Tagesneuigkeiten.

Eine interessante Stadtratssitzung.

Neuwahlen für das Präsidium. — Wahlen eines Schöffen.

Die gestrige erste Sitzung des Stadtrats nach den Weihnachtsfeiertagen war ein Wahltag. Gleich bei Beginn der Sitzung stellte die Chadecja den Antrag, den Punkt „Wahl eines Schöffen des Magistrats“ von der Tagesordnung zu streichen. Dies war der Beweis dafür, daß die Chjena den Kandidaten der N. P. R., den Verbandssekretär Kazmierczak, nicht in den Magistrat hineinlassen will. Zweimal mußte über den Antrag einer Stimmengleichheit wegen abgestimmt werden. Schließlich fiel der Antrag mit den Stimmen der N.P.R. und der Juden, die sich der N. P. R. in der Hoffnung erkenntlich machen wollten, daß diese für Dr. Rosenblatt als stellvertretenden Vorsitzenden des Stadtrats stimmen werden.

Zum Vorsitzenden wurde Dr. Fichna wiedergewählt. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurde von der Chjena Fiedler und Wolczynski, von den Juden Dr. Rosenblatt und von der Opposition Rapalski vorgeschlagen. Da nur 3 stellvertretende Vorsitzende gewählt werden, mußte zur Zettelwahl geschritten werden. In der ersten Abstimmung stellte es sich heraus, daß bei 73 anwesenden Stimmberechtigten 74 Zettel abgegeben wurden. Die Wahl wurde für ungültig erklärt. Bei der zweiten Wahl erhielt die Liste der Chjena 37 Stimmen, gewählt wurden also Fiedler und Wolczynski. Die jüdische Liste und die der Sozialisten erhielt je 18 Stimmen, ein Beweis dafür, daß 3 Leute der N.P.R. für Rapalski stimmten, denn von den Sozialisten waren auf 17 nur 15 Personen anwesend. Infolgedessen wurde zwischen Rosenblatt und Rapalski die Stichwahl angeordnet. Rosenblatt erhielt 38, Rapalski 28. Die polnischen Nationalisten haben also nochmals bewiesen, daß ihnen der besitzende Jude mehr als der polnische Proletarier wert ist. Die Freundschaft der Nationalisten wurde also nochmals besiegelt.

Die Sekretäre des Präsidiums in einer Zahl von 7 Personen wurden wiedergewählt. Seitens der Sozialisten gehört also Stv. R. Klim weiter dem Präsidium an.

Der nächste Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl eines Schöffen anstelle Bednarczyks. Stv. Kuk gab vor der Wahl namens der sozialistischen Fraktionen nachstehende Erklärung ab:

„Im Namen der Fraktionen der D. S. A. P., der P. P. S. und des „Bund“ erkläre ich, daß unsere Stellungnahme zum Magistrat schon vor drei Jahren festgelegt wurde. Wir halten die Endecja, Chadecja und N. P. R. als diejenige Mehrheit, die für die gegenwärtige Wirtschaft des Magistrats verantwortlich ist. Daher nehmen wir, um diese Verantwortung aufrecht zu erhalten, an der Wahl nicht teil. Diese Erklärung bitte ich im amtlichen Protokoll zu vermerken.“

(Es folgten die Unterschriften der sozialistischen Stadtverordneten.)

Bei der hierauf vorgenommenen Wahl zeigte es sich, daß die Juden der N. P. R. gegenüber für die Wahl Rosenblatt Wort hielten. Die Hände der N.P R. und der Juden erhoben sich wie auf Kommando. Eine rührende Freundschaft zwischen dem Bankier Rosenblatt und dem Fabrikanten Mendelsohn und dem Vorsitzenden des N. P. R. Verbandes, Zubert, und den anderen polnischen nationalistischen Arbeitern. Die Chadecja und Endecja übte Stimmenenthaltung. Kazmierczak wurde mit 28 Stimmen gewählt.

Der Handel begann von neuem bei der Wahl zweier Mitglieder für das Komitee der Literatenauszeichnung. Nach vorheriger Verständigung der Mehrheit wurden gewählt: Siedlecki-Grzymala und Lorenz.

Und wieder entbrannte der Kampf bei der Wahl eines Mitgliedes für das Kanalisationskomitee. Die einzelnen Fraktionen stellten ihre Kandidaten. Gewählt wurde aus der Mitte der Bürgerschaft der Vorsitzende der Genossenschaften Walczakowski.

Als Beendigung der Wahlen wurde der Beschluß des Seniorenkonvents über die Besetzung des Komitees für den Theaterbau bestätigt.

Es war schon 11 Uhr geworden, als man zur Erledigung der umfangreichen Tagesordnung verschiedener Wirtschaftsfragen schritt.

Beschlossen wurde, 529000 Zloty als Anleihe zur Führung öffentlicher Arbeiten vom Staate zu erheben.

Zum Schluß entstand eine lebhafte Diskussion über den sozialistischen Antrag, der festsetzt, daß die Entschädigungssummen, die die Vertreter der Stadt in konzessionierten Unternehmungen als Verwaltungs- oder Kommissionsmitglieder erhalten, in die Stadtkasse fließen, während die Stadt diesen ihren Vertretern Diäten für die Sitzungen gewähren kann. Es handelte sich hier vornehmlich um das Elektrizitätswerk und die drei Stadtpräsidenten. Die Geschäftsordnungskommission schloß sich dem sozialistischen Antrage an. Strittig war, von wann ab der Beschluß gelten soll. Die Sozialisten beantragten als Datum den 1. Januar 1926, die Kommission den 1. Juli 1926 und die Stadtverordneten der Mehrheit den Tag der Annahme des Beschlusses. Angenommen wurde der letztgenannte Vorschlag. Auf diese Weise wurde den Herren Stadtpräsidenten eine Gratifikation von gegen je 10000 Zloty in die Tasche gespielt. Stv. Rapalski machte daher den Zuruf „Ihr sorgt wohl für Wahlgelder?“ Stv. Frau Credo (Endecja): „Natürlich müssen sie etwas davon abgeben.“ Stv. Kuk stellte schließlich den Antrag, den Vertretern der Stadt soll für derartige Sitzungen eine Entschädigung in der Höhe der Tagesdiäten (19 Zloty) gezahlt werden. Der Antrag ging an die Kommission.

Heute kommt das Budget für das Jahr 1927/28 zur Sprache.

Das deutsche Lehrerseminar bleibt in Lodz.

Eine Erklärung des Abgeordneten Artur Kronig.

An die Redaktion
der „Lodzer Volkszeitung“
hier.

Sehr geehrte Schriftleitung!

In der Dienstagnummer der „Freien Presse“ (25. Januar) erschien unter der Ueberschrift „Um das Lodzer deutsche Lehrerseminar“ ein Artikel, der auf die in der Sonntagsnummer der „Lodzer Volkszeitung“ abgedruckte Veröffentlichung „Das deutsche Lehrerseminar bleibt in Lodz“ Bezug nimmt. Da der Artikel der „Freien Presse“ dazu angetan ist, mein Ansehen als deutscher Sejmabgeordneter der Stadt Lodz in den Augen meiner Wähler herabzusetzen, bitte ich Sie um Veröffentlichung nachstehender Zeilen:

1. Es ist eine böswillige und durch nichts begründete Behauptung, wenn in dem Artikel der „Freien Presse“ von einer gefährlichen Einschläferung der deutschen öffentlichen Meinung und von einem Bluff gesprochen wird. Die Veröffentlichung des Artikels „Das deutsche Lehrerseminar bleibt in Lodz“ beruht auf einer der Redaktion der „Lodzer Volkszeitung“ von mir zugegangenen Mitteilung, worin ich auf Grund genauer Kenntnis der Sachlage die positive Versicherung abgab, daß von einer Uebertragung des deutschen Lehrerseminars nach Warschau keine Rede mehr sein kann.

2. Selbstverständlich ist es auch mir bekannt, daß der Beschluß des Bezirksschulrates vom Kuratorium nach Warschau weitergeleitet werden muß. Dies ist jedoch nur eine notwendige Formalität. Hingegen berechtigt mich die in der Konferenz mit dem Herrn Kurator Owiński zum Ausdruck gebrachte Stellungnahme desselben sowie die vorherige Fühlungnahme mit dem Unterrichtsministerium und anderen maßgebenden politischen Kreisen zu der ganz zweifelsfreien Versicherung, daß das deutsche Lehrerseminar in Lodz bleibt. Für diese Versicherung übernehme ich als Abgeordneter die volle Verantwortung.

3. Ohne die Arbeit und die Verdienste der Herren Abgeordneten Spickermann und Utta sowie des Herrn Senators Stüldt in irgendeiner Weise zu bestreiten, muß ich jedoch darauf hinweisen, daß die Exekutive der D. S. A. P. schon am 11. Januar in Sachen der Uebertragung des Lehrerseminars einen konkreten Beschluß gefaßt und mich beauftragt hat, bei allen maßgebenden Faktoren die notwendigen Schritte zwecks Belassung des Seminars in Lodz einzuleiten. Die Frucht dieser Bemühungen war die positive Erledigung der Angelegenheit. Demgegenüber muß festgestellt werden, daß weder Herr Abg. Utta noch einer der beiden anderen Herren beim Schulkurator in dieser Angelegenheit persönlich interveniert haben. Herr Abg. Utta hat sich damit begnügt, eine telephonische Anfrage an den Herrn Kurator zu richten.

4. Ich habe immer die Ansicht vertreten, daß man bei der energischesten Wahrung unserer Rechte als deutsche Minderheit nicht zu bloßen Propagandazwecken die Gemüter unnützerweise beunruhigen darf. Ich glaube vielmehr, daß es in unserem Interesse liegt, eine Atmosphäre friedlichen Nebeneinanderlebens zwischen uns und dem polnischen Volke zu schaffen, nicht aber gegenseitige Erbitterung hervorzurufen. Daher halte ich jede Aufbauschung von Sachen, die man durch persönliches Eingreifen der dazu berufenen Vertreter besser und schneller regeln kann, als schädlich.

Mit vorzüglicher Hochachtung

Artur Kronig,
Sejmabgeordneter der Stadt Lodz.

* * *

Wie wir erfahren, hat Abg. Kronig diese Richtigstellung auch der „Freien Presse“ zugesandt.

Erwerbslosenunterstützungen. Gestern erhielt die Verwaltung des Arbeitslosenfonds die Nachricht, daß im Januar bei den Auszahlungen von Unterstützungen an die Erwerbslosen Angestellten Erleichterungen eingeführt wurden. Die Erwerbslosen müssen nämlich zwecks Erlangung der Unterstützungen den Paß, eventuell eine behördliche Bescheinigung als Personalausweis, Bescheinigung über die Arbeitsdauer, den Wohnungsort und seine Familienverhältnisse vorzeigen. Weil die Erlangung all dieser Dokumente in einer sehr kurzen Zeitspanne eine Unmöglichkeit ist, so hat der Arbeitsminister die Auszahlung ohne diese Formalitäten angeordnet. Im Februar müssen alle Dokumente in Ordnung sein. (E)

Die Angestellten-Verkäufer müssen in der Krankenkasse versichert sein. In den Kolonialwarenhandlungen ist es in den letzten Tagen zu Meinungsverschiedenheiten zwischen den Angestellten und den Arbeitgebern wegen der Versicherung der Angestellten in der Krankenkasse gekommen. Die Verkäufer, obgleich sie nur Provision erhalten, sind als festangestellte Beamten zu betrachten. Die Brotgeber wollten sie aber nicht in der Krankenkasse versichern. Um diese Angelegenheit zu klären, begab sich eine Delegation des Verbandes der kaufmännischen Angestellten zu der Direktion der Krankenkasse, welche voll und ganz die Ansicht der Angestellten teilte. Die Direktion der Krankenkasse erklärte, daß die Form des Verdienstes durchaus keine Rolle spiele. Die Verkäufer müssen folglich als Mitglieder der Krankenkasse angemeldet werden. (E)

Es wird immer schöner in unserem Polizistenstaat. Laut einer Verordnung des Innenministeriums tritt vom 1. Februar die diesbezügliche administrative Strafe für jeglichen Widerstand gegen die Amtsgewalt in Kraft. Wer eine Aussage verweigert, beim Abführen nach dem Kommissariat Widerstand leistet, eine Verhaftung verhindert, einen seinen Dienst ausübendenden Polizisten durch Worte oder tätlich beleidigt usw. wird sofort mit einer 14tägigen Haft bestraft. Ebenso wird man für jede genannte Tat, die als öffentliche Gewalt anerkannt wird, zur Verantwortung gezogen. (bip)

Die Kleinkaufleute werden jetzt in den Steuerkommissionen ihre Vertreter haben. Seinerzeit überreichten die Kleinkaufleute der Lodzer Wojewodschaft dem Präses der Finanzkammer eine Denkschrift, in der sie auf die Notwendigkeit der Berufung von Kleinkaufleuten in die Steuerkommissionen hinwiesen. Die Vertreter der Großkaufleute können bei der größten Loyalität und Objektivität die Steuerlasten für die kleineren Kaufleute nicht festsetzen. Im Zusammenhang damit hat der Amtsleiter Garmat die Listen der Sachverständigen für die Steuerkommissionen versandt. Diese Listen werden allen Finanzämtern zugestellt werden, so daß am 15 Februar die Vertreter der Detailkaufleute ihre Tätigkeit in den Steuerkommissionen werden aufnehmen können. (E)

Am Scheinwerfer.

Kaisergeburtstagsessen.

Die Mitglieder der Kasinogesellschaft in Potsdam haben folgendes Rundschreiben erhalten:

„Aus Anlaß des Geburtstages S. M. des Kaisers und Königs haben sich eine Anzahl Mitglieder der Kasinogesellschaft zu einem gemeinsamen Essen auf den 27. Januar 1927, 7,30 Uhr abends, in den Räumen des Kasinos verabredet.

Dieselben beehren sich, Ihnen hiervon Kenntnis zu geben mit dem Anheimstellen der Beteiligung.

Die Einführung von Bekannten ist gestattet.

Preis des trockenen Kuverts 3,50 RM. ausschließlich Trinkgeld.

Zusagen an Herrn Major von Schweinitz bis zum 25. 1. 1927 erbeten.“

Wilhelm kann wieder hoffen! In Potsdam ißt man ihm zu Ehren an seinem Geburtstag, Und trinkt vor allem. Telegraphieren wird man wohl auch. Ja, ja, gewissen Leuten fehlt nur der Schwanz zum Wedeln.

Der Essig ist teurer geworden. In den letzten Tagen ist der Essig um 25 Prozent im Preise gestiegen. Diese Preiserhöhung ist auf das Steigen der Spirituspreise zurückzuführen. Der Hektoliter kostet gegenwärtig 115 Zloty.

Versammlung der Reiger, Scherer, Andreher und Schlichter. Sonntag, den 30. Januar, findet im Lokale der D. S. A. P., Petrikauer 109, eine Versammlung der Scherer, Reiger, Schlichter und Andreher statt.

Alle Erwerbslosen müssen Mittage erhalten. Der Verband der Büro- und Handelsangestellten von Lodz hat bei den zuständigen Stellen in Sachen der unentgeltlichen Mittagessen vorgesprochen. Es geht darum, daß sämtliche erwerbslosen Angestellten, die Mittage erhalten sollen. (E)

Die schwere Lage der Theater. Die Budgetkommission hat beschlossen, den Magistrat zur Auszahlung eines Ergänzungssubsidiums für das Populäre Theater zu veranlassen. Das Subsidium soll 7500 Zl. betragen. Die Notwendigkeit der Gewährung dieses Subsidiums ist auf das Fallen der Frequenz zurückzuführen, welcher Umstand für die Theater katastrophale Folgen gezeitigt hat. (E)

Nachklänge zur Wronka-Affäre. Wie bekannt, wurde die Arbeiterin des Lodzer Tabakmonopols, Sobczynska, dafür, daß sie die Fabrikdiebe entdeckte, aus der Fabrik entlassen, doch dank einer scharfen Intervention wurde sie wiederum angenommen. Während der Verhandlungen trat ein gewisser Habela zu ihr und bot 3000 Zloty an, sofern sie die Aussagen zurücknehmen oder aber überhaupt keine Aussagen machen werde. Die Sobczynska ging aber auf solchen Handel nicht ein und teilte dem Staatsanwalt davon mit. Im Dezember v. J. wurde die Sobczynska wiederum entlassen, und das ohne jegliche Begründung, weshalb der Leiter des „Praca“-Verbandes, Kazimierczak, sich in dieser Angelegenheit an den Arbeitsinspektor wandte; außerdem werden sich die Abgeordneten Waszkiewicz und Wyrzykowski mit einer Bitte um Intervention an die zustehenden Behörden wenden. (b)

Berufung des Lodzer Gerichtspräsidenten nach Warschau. Wie wir erfahren, wurde der Präsident des Lodzer Bezirksgerichts, Herr Tadeusz Kamienski, zum Vorsitzenden des Appellationsgerichts in Warschau ernannt. Er tritt sein dortiges Amt mit dem 1. Februar an. An seine Stelle wurde der Präsident des Bezirksgerichts in Lublin ernannt, der ebenfalls am 1. Februar seine Tätigkeit in Lodz aufnimmt. (a)

* **In der Industrie wird der Ruf nach Verbilligung der Produktionskosten** immer lauter. Es wird von den Arbeitgebern behauptet, die Industrie könne nicht konkurrieren, da die Produktionskosten bei uns teurer als im Auslande seien. An Maßnahmen hat es nicht gefehlt, die Produktionskosten zu verbilligen. Doch diese Maßnahmen und Neuerungen bestanden letzten Endes nur darin, den Arbeitnehmern die Löhne zu drücken. Das ist die ganze kapitalistische Weisheit unsrer Unternehmer. Doch noch nicht genug damit, versuchten sie bei Hundelöhnen die Produktion zu steigern, indem der einzelne Arbeitnehmer geradezu bis zur Unmöglichkeit ausgebeutet wird. Wie wenig rationell solch eine „Verbilligung" der Produktion ist, haben die Kapitalisten Westeuropas und die in Amerika bereits seit Jahren feststellen können. Unsere polnischen Kapitalisten sind gerade in der rationellen Nutzbarmachung der Arbeitskaft noch sehr im Rückstande. Und dies rächt sich bitter an ihren eigenen Unternehmen. Beispiele dafür, daß sich unsre Industriellen mit ihrer Methode der Verbilligung der Produktion auf dem Holzwege befinden, gibt es sehr viel. Wir wollen nur ein Beispiel aus der Textilindustrie nehmen. Meistens werden an die Weber schlechte Ketten verabreicht. Damit der Arbeiter 4 Stühlen bedienen kann, wie es in den meisten Fabriken von ihnen gefordert wird, werden große Schützen mit langen Spulen eingerichtet. Und der Erfolg von dieser Maßnahme? Es wird nämlich gerade das Gegenteil von dem erreicht, was den „Fachmännern" bei dieser Neuerung vorschwebt. Die großen Schützen haben zur Folge, daß auch das Fach größer sein muß, wodurch die Ketten, die, wie bereits erwähnt, an und für sich schon schlecht sind, noch mehr zu leiden haben. Die großen Schützen haben jedoch noch einen weiteren Nachteil, denn der Schlag muß stärker sein, was wieder zur Folge hat, daß meistens die Spulen „runter rollen". Daß diese Arbeitsmethode nicht rationell ist, leuchtet jedem ein, der nur eine geringe Ahnung von der Weberei hat. Die Arbeitgeber sind natürlich andrer Meinung. Für sie ist es die Hauptsache, daß durch diese „Neuerungen", die sie auch „Verbesserungen" des technischen Betriebes nennen, der Arbeiter an vier Stühle gekettet wird. Daß nicht nur die Produktion darunter leidet, sondern, daß auch der Arbeiter geschädigt wird, spielt bei den Herren Industriellen keine Rolle. Bei solchen Arbeitsmethoden kann natürlich keine Rede von einer gleichzeitigen Bedienung von vier Stühlen sein. Und so kommt es, daß der Arbeiter nicht nur seinen Mindestlohn nicht verdient, sondern, daß auch die Produktion nicht gesteigert wird. Doch davon unsre Industriellen zu überzeugen, ist ein vergebliches Beginnen. Sie leben noch in der Welt der Anschauungen ihrer Väter und Urgroßväter und laufen lieber mit einem Brett vor der Stirn durch die Welt, als daß sie durch rationelle Arbeitsmethoden die Produktion steigern und dem Arbeitnehmer ein menschliches Dasein gewährleisten würden.

Ein Opfer der kapitalistischen Wirtschaftsordnung. Vor dem Hause Zgierska 58 brach die 40 Jahre alte Josefa Retzlaff, die bereits seit längerer Zeit sowohl arbeits- als auch obdachlos ist, vor Hunger und Erschöpfung kraftlos zusammen, so daß die Unfallrettungsbereitschaft benachrichtigt werden mußte, deren Arzt ihre Ueberführung nach der städtischen Krankensammelstelle veranlaßte. (a)

Ausgesetztes Kind. In der Cereckistraße, in der Nähe des Hauses Nr. 5, fanden Straßenpassanten ein ausgesetztes Kind männlichen Geschlechts im Alter von etwa 3 Monaten. Des Findlings hat sich Frau Elzbieta Kubiaczyk, wohnhaft Alexandrowska 62, angenommen, während die Polizei nach der Mutter fahndet. (a)

Eine Lebensmüde. Die erst 18 Jahre alte Wladyslawa Mach, wohnhaft Petrikauer 155, faßte den festen Entschluß, aus dem Leben zu scheiden, das ihr keine Freuden mehr bot. Zu diesem Zweck warf sie sich zunächst unter einen herannahenden Straßenbahnwagen, doch scheiterte dieser Selbstmordversuch an der Geistesgegenwart des Wagenführers. Kurze Zeit darauf warf sie sich vor ein Auto, doch auch hier bremste der Chauffeur rechtzeitig, so daß auch der zweite Versuch mißlang. In beiden Fällen hat die hartnäckige Selbstmordkandidatin leichtere Verletzungen erlitten. Die Polizei hat sich ihrer angenommen, und die junge Lebensmüde dürfte bald erfahren, daß auch Selbstmordversuche strafbar sind. (a)

Aus dem Reiche.

Pabianice. Der Magistrat schließt einen Kontrakt mit den Zufuhrbahnen. Wie bereits berichtet, beschloß der Pabianicer Magistrat vorläufig kein eigenes Elektrizitätswerk zu errichten, sondern den Strom von den Zufuhrbahnen zu nehmen. Dieser Tage wurde der entsprechende Vertrag mit der Zufuhrbahngesellschaft abgeschlossen, u. zw. auf 10 Jahre mit dem Recht einer fünfjährigen Kündigung. Auf diese Weise hat Pabianice einen dreimal billigeren Strom erhalten als ihn Lodz besitzt.

Ozorkow. Große Berichterstattungsversammlung. Am Sonntag, den 30. Januar d. J., pünktlich $2^1/_2$ Uhr nachm., spricht Abg. E. Zerbe im Saale des Kino „Corso" über das Thema: „Die Taten der Regierung Pilsudskis und ihre Absichten." Zu dieser politischen Versammlung hat jedermann Zutritt.

Krakau. Ein findiger Dieb. Die hiesige Polizei verhaftete einen Bernard Schwarz, 49 Jahre alt, der bei verschiedenen Familien um ein Nachtlager bat. Er erklärte, er sei ein Händler alter Gold- und Silbersachen, weswegen er sich fürchte, im Hotel zu schlafen. Auf diese Weise weckte er das Vertrauen leichtgläubiger Menschen und verübte so eine ganze Reihe von Diebereien. Die Krakauer Polizei nimmt an, daß Schwarz auch in anderen Städten sein Unwesen trieb und fordert die Geschädigten auf, ihr eventuelle Fälle von Diebereien des S. anzuzeigen.

Warschauer Börse.

	25. Januar	26. Januar
Dollar		8.94
Belgien	125.17	124.75
Holland	359.40	359.80
London	43.61	43.58
Neuyork	8 97	8.97
Paris	35.60	35 55
Prag	26.63	26.63
Zürich	173.15	173 05
Italien	38.47	38.59
Wien	126.77	126.95

Auslandsnotierungen des Zloty.

Am 26 Januar wurden für 100 Zloty gezahlt.

London	43.50
Zürich	57.50
Berlin	46.76—47.24
Auszahlung auf Warschau	46.98—47.22
Kattowitz	46 98—47.22
Posen	46.98—47 22
Danzig	57.24—57.40
Auszahlung auf Warschau	57.19—57.33
Wien, Schecks	78.40—78.90
Banknoten	78.45—79.45
Prag	375.50

Der Dollarkurs in Lodz und Warschau.

Auf der schwarzen Börse in Lodz: 8.96—9.98, in Warschau: 8.95. Der Goldrubel 4.73.

Verleger und verantwortlicher Schriftleiter: Otto L. Kut.
Druck: J. Baranowski, Lodz, Petrikauerstraße 109.